

Akzeptanz des Sozialstaats sichern

VON JÖRG ALTHAMMER

Aktuell überschlagen sich alle politischen Parteien mit sozialpolitischen Reformvorschlägen. Das ist im Wahlkampf nichts Ungewöhnliches. Und vieles von dem, was heute angekündigt wird, wird wie üblich den Wahltag nicht überstehen. Aber die sozialpolitischen Erwartungshaltungen, die derzeit geweckt werden, fallen selbst für Wahlkampfzeiten überraschend hoch aus. So verspricht die Politik, das Rentenniveau trotz des demografischen Wandels zu stabilisieren, die Lebensarbeitszeit nicht weiter anzuheben, Pflegebedürftige und ihre Familien zu entlasten und dabei die Beitragsbelastung der Versicherten konstant zu halten. Das ist die sozialpolitische Quadratur des Kreises. Wollte man die entstehende Beitragslücke durch Steuermittel schließen, so müssten langfristig mehr als 60 Prozent des Einkommensteueraufkommens in die Rentenversicherung fließen. Woher dann noch die Gelder für den klimagerechten Umbau der Wirtschaft, die Digitalisierung und die Verbesserungen bei der Bildung kommen sollen, bleibt ein Geheimnis. Aber damit nicht genug: Trotz der absehbaren Belastung des Sozialstaats durch den demografischen Wandel sollen auch das Kindergeld, die Hartz-IV-Leistungen und der Mindestlohn deutlich angehoben werden. Allen diesen Vorschlägen ist gemein, dass sie mit zwei grundlegenden Prinzipien unserer Sozialordnung brechen: der Regelbindung und der Selbstverwaltung in sozialen Angelegenheiten. In der Sozialen Marktwirtschaft werden sozialpolitische Leistungen nicht nach Kassenlage und tagespolitischer Opportunität vergeben. Die wichtigsten sozialpolitischen Geldleistungen sind regelgebunden und werden an die wirtschaftliche und soziale Situation angepasst, ohne dass der Gesetzgeber hier direkt eingreift. Auch der Mindestlohn ist keine von der Politik bestimmte Größe, sondern wird durch ein paritätisch besetztes und wissenschaftlich begleitetes Gremium festgesetzt.

Dieses Modell der Regelbindung und der sozialen Selbstverwaltung ist ein sozialpolitisches Erfolgsmodell. Es hat sich nicht nur in der Vergangenheit bewährt, mit ihm ist Deutschland auch gut durch die Pandemie gekommen. Denn trotz eines massiven wirtschaftlichen Einbruchs wurden die sozialen Leistungen nicht etwa gekürzt, sondern Renten und Transferzahlungen sind sogar gestiegen. Dadurch wurde die Kaufkraft gestützt und die Konjunktur stabilisiert. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass regelgebundene Sozialleistungen im Aufschwung etwas hinter dem Anstieg der Arbeitseinkommen zurückbleiben müssen.

Denn nur so lässt sich die Belastung der Erwerbstätigen mit Steuern und Sozialabgaben begrenzen und der Sozialstaat nachhaltig finanzieren. Permanente Eingriffe der Politik in das Leistungsrecht und eine zunehmende Steuerfinanzierung der Sozialversicherung führen nur zu einem undurchschaubaren Verschiebepbahnhof sozialpolitischer Leistungen und verwischen die Grenzen zwischen beitragsfinanzierten Versicherungsleistungen und steuerfinanzierten Transfers. Letztlich steht damit die gesellschaftliche Akzeptanz unseres beitragsfinanzierten Versicherungssystems auf dem Spiel.



Der Autor ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik und Sozialpolitik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Foto: Privat

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.